https://strategic-culture.su/news/2026/11/20/historic-trilateral-summit-in-china-declares-peace-while-european-leaders-plot-for-war/

Historisches trilaterales Gipfeltreffen in China verkündet Frieden, während europäische Staats- und Regierungschefs Kriegspläne schmieden

Doch die hegemoniale transatlantische Achse gegen Russland und China zeigt alle Anzeichen dafür, dass sie immer bedrohlicher wird.



20. November 2026 | Editorial

Das trilaterale Treffen der Staatschefs der USA, Chinas und Russlands in Shenzhen war zweifellos eine historische Premiere. Es war das erste Mal, dass die Staatschefs der drei Atommächte zu Gesprächen an einem Tisch saßen.

Nach allen Berichten verlief das 90-minütige Treffen am Rande des APEC-Gipfels herzlich und in freundlicher Atmosphäre. Die von Chinas Präsident Xi Jinping ausgerichtete trilaterale Diskussionsrunde mit US-Präsident Donald Trump und seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin stellte das Hauptereignis in den Schatten und beherrschte die Schlagzeilen weltweit. Die drei Staatschefs gaben eine kurze gemeinsame Erklärung ab, deren Kernaussage lautete: „Ein Atomkrieg kann nicht gewonnen werden und darf niemals geführt werden."

Die Erklärung trug den Titel „Erklärung für den Frieden". Alle drei Staatschefs teilten die Ansicht, dass die Weltmächte eine Verantwortung für die Wahrung von Sicherheit und Frieden tragen. Es wurde zugesichert, dass die USA, China und Russland enger miteinander kommunizieren würden, um die Gefahr eines umfassenden Konflikts zu vermeiden.

Präsident Xi bezeichnete den Gipfel zwischen China, Russland und den USA als „positiv, konstruktiv und fruchtbar" und erklärte, es gebe Hoffnung auf Frieden, solange der Dialog nicht abbreche und die Tür nicht geschlossen werde.

Dass die Staatschefs der drei Atommächte einen respektvollen Dialog führten und sich auf friedliche Beziehungen einigten, ist an sich schon eine positive Entwicklung – insbesondere in einer

Zeit, in der die internationalen Spannungen angesichts der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten zugenommen haben.

Allerdings bleibt das historische Gipfeltreffen eher symbolischer als inhaltlicher Natur. Vergleiche mit dem Jalta-Gipfel von 1945 zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion scheinen eher Wunschdenken zu sein.

Es gibt noch viel zu viele offene Unsicherheiten und Widersprüche, die erst noch gelöst werden müssen, bevor das trilaterale Treffen in Shenzhen als bedeutsam und auf einer Stufe mit dem historischen Jalta-Treffen zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin bezeichnet werden kann.

Zunächst einmal führt die Trump-Regierung einen Angriffskrieg gegen den Iran, der die weltweite Ölversorgung ins Chaos gestürzt hat. Daher wirkt seine Erklärung, Frieden zu stiften und Energieressourcen zum Wohle der Welt zu sichern, gelinde gesagt, ziemlich unpassend, wenn nicht gar absurd.

Washington liefert zudem Waffen an die Ukraine – bezahlt von den europäischen NATO-Partnern –, die tief in russisches Territorium vordringen.

Trump scheint sich persönlich dafür einzusetzen, eine friedliche Lösung für den US-geführten NATO-Stellvertreterkrieg in der Ukraine zu finden – einen Krieg, dessen Ursprünge bis zum CIA-gestützten Staatsstreich in Kiew im Jahr 2014 zurückreichen. Putin lobte ihn für seine „Aufrichtigkeit“ bei der Suche nach einer friedlichen Lösung.

Auf jeden Fall stehen die Friedensbekundungen des US-Präsidenten im Widerspruch zur „Kriegspartei“ in den USA – bestehend aus den meisten Republikanern und der Mehrheit der Demokraten –, die fordert, dass noch viel mehr Militärhilfe in die Ukraine geschickt wird – zusätzlich zu den 200 Milliarden Dollar, die Washington seit 2022 bereits in das Land gepumpt hat.

Trump ist ein Präsident auf Abruf, nachdem seine Republikanische Partei bei den Zwischenwahlen am 3. November die Kontrolle über den Senat und das Repräsentantenhaus an die Demokraten verloren hat, deren Führer Trump diese Woche dafür verurteilten, überhaupt mit Xi und Putin zu sprechen. Der neue Kongress, der im Januar seine Arbeit aufnimmt, wird auf die Wiederaufnahme massiver militärischer Unterstützung für die Ukraine und auch für Taiwan drängen, um China zu provozieren.

Zwar ist es verständlich, dass das herzliche trilaterale Treffen in Shenzhen Hoffnungen auf einen Abbau der Spannungen weckt, doch mahnt die jüngste Vergangenheit zur Vorsicht. Als Trump Putin 2017 während seiner ersten Amtszeit zum ersten Mal in Hamburg und dann erneut 2018 in Helsinki traf, gab es ähnliche Äußerungen über „Freundschaft“ und Frieden. Auch beim Gipfeltreffen in Anchorage im August 2025 schienen die Staatschefs der USA und Russlands gemeinsam entschlossen zu sein, den Konflikt in der Ukraine zu beenden – auf der Grundlage eines Verständnisses der „Grundursachen“ und der berechtigten Forderung Moskaus nach einem neuen umfassenden Sicherheitsvertrag in Europa.

Leider hat kein einziges Treffen mit Trump zu substanziellen Fortschritten in Richtung Frieden geführt, da trotz seiner persönlichen Äußerungen jede Initiative von der „Kriegspartei“ in Washington und ihren Verbündeten in Europa vereitelt wurde.

Angesichts des entschiedenen Widerstands sowohl in den USA als auch in Europa gegen jegliche Normalisierung der Beziehungen zu Russland (und China) im Interesse des Friedens ist es daher angebracht, skeptisch zu bleiben, was der Gipfel in Shenzhen tatsächlich bewirken wird.

Am deutlichsten zeigt sich dieser aggressive Widerstand in Europa.

Am selben Tag, an dem Trump sich mit Xi und Putin traf, um eine Friedenserklärung abzugeben, kam die „Koalition der Willigen" in Deutschland zusammen, um eine Aufstockung der Militärhilfe für die Ukraine sowie Pläne für einen Truppeneinsatz in der Ukraine zu erörtern – angeblich zur Überwachung eines Waffenstillstands. Das war kein Zufall. Es war eine kalkulierte Trotzreaktion.

An der von Bundeskanzler Friedrich Merz ausgerichteten Berliner Konferenz nahmen 37 europäische Staats- und Regierungschefs aus den Mitgliedstaaten, Vertreter der EU-Verwaltung, der NATO-Generalsekretär sowie der britische Premierminister Andy Burnham teil. Burnham versucht, London bei der EU wieder anzudienen, um den katastrophalen Brexit-Austritt aus der Union rückgängig zu machen. Diese Agenda trägt dazu bei, dass Großbritannien gegenüber Russland eine derart aggressive Haltung einnimmt.

Auch der britische Prinz Harry tat sein Bestes, um den Kriegseifer anzufachen, indem er diese Woche anbot, wieder in die Armee einzutreten, um gegen Russland zu kämpfen. Man sollte sich daran erinnern, dass der junge Harry eine Vorliebe dafür hatte, sich als Nazi-SS-Soldat zu verkleiden. (Das erinnert an die „Heil-Hitler"-Grüße des Hauses Windsor in den 1930er Jahren.)

Die prominentesten Akteure in dieser „Koalition der Willigen" sind Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

In einer gemeinsamen Erklärung verpflichteten sich die drei Koalitionsführer, die finanzielle und militärische Unterstützung für die Ukraine zu verstärken, wobei bis zum nächsten Jahr bis zu 100 Milliarden Euro bereitgestellt werden sollen – zusätzlich zu den geschätzten 300 Milliarden Euro, die Brüssel bisher auf Kosten der EU-Steuerzahler an das Neonazi-Regime und den kokainsüchtigen Diktator in Kiew gespendet hat.

Bemerkenswert ist, dass an dem Berliner Gipfel die US-Gesandten Steve Witkoff und Jared Kushner teilnahmen, die Berichten zufolge die Beteiligung europäischer Staaten an weiteren Friedensgesprächen befürworteten. Ein Rezept für ein Scheitern.

Unter dem zynischen Motto „Gemeinsam für den Frieden in Europa" war die Berliner Konferenz in Wahrheit ein Kriegsrat. Sie wurde als Gegenpol zu Shenzhen inszeniert und griff die übliche europäische Agenda auf, jegliche Friedensdiplomatie zu torpedieren. Die deutschen, französischen und britischen Regierungschefs bekräftigten Bedingungen, die Russland wiederholt als inakzeptabel und für eine friedliche Lösung unmöglich bezeichnet hat, darunter

- die Aufnahme der Ukraine in die NATO,
- einen begrenzten Waffenstillstand (zum Zwecke der Wiederbewaffnung) und
- die Entsendung von Truppen unter europäischer Führung in die Ukraine, um einen etwaigen Waffenstillstand angeblich zu überwachen.

Die Rhetorik der Europäer trieft weiterhin vor Arroganz, Feindseligkeit und Russophobie; sie brandmarken Russland als Aggressor und tun Moskaus langfristige Sicherheitsbedenken hinsichtlich der NATO-Erweiterung als unbegründet ab.

Als wolle man die europäische Kriegsmentalität unterstreichen, griffen die ukrainischen Streitkräfte diese Woche die Krim-Brücke (Kertsch-Brücke) dreimal an und richteten dabei schweren Schaden an. Die Angriffe wurden mit von den Niederlanden gelieferten „Ruta"-Marschflugkörpern durchgeführt und zweifellos unter Beteiligung der NATO koordiniert. Die Angriffe schienen eine persönliche Provokation gegenüber Präsident Putin zu sein, der die 19 km lange Eisenbahn- und Straßenbrücke – die längste in Europa – im Jahr 2018 eröffnet hatte, um die Halbinsel Krim mit dem russischen Festland zu verbinden. Der Bau der Brücke dauerte vier Jahre und kostete 4 Milliarden Dollar. Sie war bereits zuvor bombardiert worden, und drei deutsche Bundeswehrkommandeure waren bekanntlich in einer „geheimen" Online-Diskussion entlarvt worden, in der sie einen weiteren Versuch diskutierten, sie in die Luft zu sprengen.

Bei einer Pressekonferenz zum Abschluss der APEC-Veranstaltung am 19. November zeigte sich Putin sichtlich verärgert über die Angriffe auf die Kertsch-Brücke. Er schwor, dass Russland härter als je zuvor zurückschlagen werde. In der Nacht wurden Berichten zufolge drei Brücken in Kiew getroffen. Putin bekräftigte zudem, dass es keine begrenzten Waffenruhen geben werde, wie von den Europäern gefordert.

Bislang schließt Russland jegliche Beteiligung der europäischen Staats- und Regierungschefs an weiteren Friedensgesprächen mit den USA und der Ukraine aus.

Der Berater des Präsidenten, Juri Uschakow, erklärte diese Woche: „Erst wenn wir von den Europäern ein klares Signal erhalten, was sie tatsächlich wollen und welchen konstruktiven und substanziellen Vorschlag sie unterbreiten können, um eine Lösung in der Ukraine herbeizuführen, werden wir die Frage ihrer Beteiligung aufwerfen."

Es ist unwahrscheinlich, dass der Kreml am Telefon auf echte Friedenssignale aus Europa warten wird. Die derzeitige europäische Führung ist durch ihre Worte und Taten auf Krieg aus.

Auch wenn diese Woche in Shenzhen ein formelles Stück Geschichte geschrieben wurde – was als Geste des guten Willens zu begrüßen ist –, bleibt die transatlantische Unterstützung für das neonazistische Regime in der Ukraine nach wie vor ungebrochen und gefährlich. Es ist wahrscheinlich, dass Shenzhen kein „Jalta 2.0" sein wird, sondern eher so etwas wie „Hamburg 2.0", „Helsinki 2.0", „Anchorage 2.0" und so weiter.

Die hegemoniale transatlantische Achse gegen Russland und China zeigt alle Anzeichen dafür, dass sie immer bedrohlicher wird. Die gegenwärtige Situation darf nicht anhand der subjektiven Äußerungen eines einzelnen US-Präsidenten beurteilt werden, dessen Amtszeit begrenzt ist, sondern muss objektiv anhand des systematischen Charakters der imperialistischen Macht der USA und der NATO bewertet werden. Diese Macht ist mit Frieden und Partnerschaft unvereinbar.